

Glottenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelnen jeden Sonntag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 45,- M. Durch die Post monatlich 45,- M. eine Zustellungsgebühr. Verlag: Verlagsbuchh. U. G. H. Halle, den 21. August 1922. 12. Jahrgang. 2. Heft. 1922. 12. August 1922. 12. August 1922. 12. August 1922.

Der Anzeigenpreis beträgt 800 M. für den Millimeter Höhe und Breite. 700 M. für die Zeile, anhängend an den preisgünstigen Zeitvermerk. Anzeigen bis sonntags 9 Uhr abends, größere tags vorher. - Postfachkonto: Leipzig 1088 83, Fritz Ried, Halle

Einzelpreis 3 Mark

Montag, den 21. August 1922

2. Jahrgang. Nr. 194

Arbeiter, der Hungertod geht um!

Aufruf der Reichskonferenz kommunistischer Genossenschaftler

Die Reichskonferenz kommunistischer Genossenschaftler, die gestern in Weisensfeld tagte, nahm folgende Entschliessung einstimmig an:
Die Ernährungskatastrophe nimmt von Tag zu Tag größeren Umfang an. Mit dem Hinausschieben der Preise wird die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs immer mehr unmöglich. Hungerleiden und Hungertod gehen um.
Diese Erscheinungen sind Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und treten in der ganzen Welt in Erscheinung.
Schon seit Jahrzehnten ist das Proletariat durch seine Genossenschaften bemüht, die größten Auswüchse dieser anarchischen Wirtschaftskatastrophe zu bekämpfen. Die Leitung der Genossenschaften legt ihre Aufgabe nicht in einem Kampf gemeinsam mit den Gewerkschaften und politischen Parteien für die sozialistische Wirtschaft, sondern treibt eine Konkurrenzpolitik mit dem Krümern. Diese Politik treibt die Genossenschaften zu Ruin und Vernichtung, da sie dem Privatkapital nicht gewachsen sind, ja den finanziellen Bankrott hinein.
Als Ausweg aus dem Elend und zur Sicherstellung der Ernährung schlagen die kommunistischen Genossenschaftler folgende Maßnahmen vor:

1. Die Gewerkschaften müssen auf breiter Grundlage und mit reichsweiter Energie den Kampf um einen auskömmlichen Lohn führen. Dieser Kampf muß verbunden werden mit der politischen Forderung der proletarischen Kontrolle der Wirtschaft, Erlassung der Schwere und mit dem Kampf um eine Arbeiterregierung. Diese Kämpfe müssen die Konjunkturalpolitik mit allen Mitteln unterbrechen, auch durch Verletzung der bestehenden Arbeiter mit Gewaltmitteln.
2. In den Kommunen müssen Vertreter der Genossenschaften und Gewerkschaften das Recht der Preiskontrolle und Warenbeschlagsnahme haben. Die Preisprüfstellen müssen mit Arbeitern und Arbeiterfrauen besetzt werden.
3. Das Reich, die Länder und die Gemeinden müssen den Genossenschaften genügend Mittel zur Verfügung stellen, damit die Lebensmittelversorgung den Klassen des Volkes und dem Privatkapital entzogen werden kann.

4. Den Genossenschaften muß die gesamte Versorgung mit den notwendigen Massengütern übertragen werden (Brot, Kartoffeln, Kohle usw.).
5. Die Aushuf aller Lebensmittel muß sofort unmöglich gemacht werden, die eingeführten Lebensmittel durch Staatsmittel verbilligt werden.
6. Die Ein- und Ausfuhr muß vom Staat monopolisiert werden, ebenso die Banken. Die Kapitalbesitzung nach dem Auslande muß unterbunden werden.
7. Die Agrarier müssen zum Aufbau des Landes mit den notwendigen Lebensmitteln gezwungen, jeder unbedeutende Acker einsehligungslos enteignet werden.
8. Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer. Sofortige Erhebung der Umsatzsteuer zum Anfall von Kartoffeln.
9. Durchführung des Kapitalvertrages unter Heranziehung der proletarischen Genossenschaften an heranzuziehender Stelle.
10. Zur Durchführung dieser Maßnahmen müssen die proletarischen Gewerkschaften, Genossenschaften und Parteien gemeinsam handeln.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der Kampf gegen die Verelendung und die Sicherstellung der Volksernährung kann nicht von den Genossenschaften allein, sondern muß von der gesamten Arbeiterkraft geführt werden. Will die Arbeiterkraft nicht ganz im Elend verfallen, so muß sie ihre Führer zwingen, den energielosen und rücksichtslosen Klassenkampf zu führen. Die bisherige Arbeitsgemeinschaftspolitik, die die Genossenschaftsbureaucratie mit dem Kapital eingegangen ist, muß die zu treuesten Stützen der kapitalistischen Wirtschaft und ist somit an der Verelendung des Proletariats mitschuldig.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der Kampf gegen Elend und Hunger bedeutet auch den Kampf gegen die reformistischen Genossenschaftsführer. Wir fordern alle Arbeiterinnen auf, in die Genossenschaften einzutreten, um durch die wichtige Macht der Massen den Kampf gegen die Not führen zu können.

Die Teuerung wächst

Der Reallohn der Arbeiter und Arbeiterinnen sinkt tiefer und tiefer. Brot, Kartoffeln, Milch, Butter sind Luxusartikel geworden. Symptomatisch ist die Profitorger der kapitalistischen Ausbeuter. In tollen Sprüngen steigen die Preise für alle Bedarfsartikel. Am Berliner Markt wurden folgende Preise pro Zentner notiert:

	12. 8.	15. 8.	19. 8.
Weizen	1710 M.	1950 M.	2025 M.
Roggen	1510 M.	1570 M.	1600 M.
Gerste	1700 M.	—	1900 M.
Weizenmehl	1380 M.	1800 M.	1850 M.
Roggenmehl	1275 M.	2400 M.	2550 M.
Gröben (Victoria)	1025 M.	1810 M.	1925 M.
Gröben (Victoria)	2650 M.	3050 M.	—

Gegenüber vor dem Kriege ist das eine Steigerung um das 200- und mehrfache. Ebenso ist es bei Fleisch und Milch.
An der Kartoffelversorgung ist trotz der günstigen Kartoffelernte ein unglückliches Bild zu verzeichnen. Nicht nur daß die Preise fast unerschwinglich sind, sondern auch die Kartoffelbelieferung ist ungenügend und scheint, wie im letzten Jahr, wieder völlig in Stoden zu geraten. Die Großhändler spekulieren schon heute mit den eintretenden Schwierigkeiten des Kartoffeltransports und werden die Kartoffelpreise ins Maßlose steigern.
Der „Vorwärts“ vom 17. August zeichnet die Lage folgendermaßen:

„Der Lohn unserer Arbeiter und Arbeiterinnen entspricht einem Dollarland von 300 bis 400 M. Andere Ausländer rechnen mit einem Dollarwert von 1000 M. Unsere inneren Preise, die wir hart und brüden empfinden, stehen nach einem Vergleich mit den hochkapitalistischen Ländern. In einigen Ländern können sich die Preise verdoppeln und verdreifachen, noch viel höhere Preissteigerungen sind zu befürchten.“

Was ist zu tun gegen die Teuerung, für Erhöhung des Reallohnes der Arbeiter und Arbeiterinnen? Das Zentralorgan der Sozialdemokraten läßt sich folgendermaßen dazu vernehmen:

„Man wird sich in allen Schichten der Gesellschaft, vor allem natürlich in den bestehenden Klassen, Einschränkungen auferlegen müssen oder man wird die aufzukommenden Kosten.“

Aufschwüngen werden Einschränkungen seit Jahr und Tag der arbeitenden Klasse im demokratischen Deutschland. Die Bourgeoisie wird den Rat des „Vorwärts“ in der Weise beherzigen, daß sie die Lebenshaltung des Proletariats noch mehr als bisher herabdrücken wird, während das Kapitaljensegel weiterhin in Gaus und Braus lebt.

Unterstützt in der Unterdrückung der Arbeiterkraft wird die Bourgeoisie durch die demokratischen Staaten unter Mithilfe der Sozialdemokraten. Sehen wir das nicht bei dem Streik der Landarbeiter in Oberbarnim? Stellt nicht der „Vorwärts“ mit „Freiheit“ und „Befreiung“ sich, daß gegen die um höheren Lohn kämpfenden Landarbeiter technische Notthilfe unter dem Schutz von Schupo eingesetzt wird? Das ist die praktische Koalition von den Sozialdemokraten bis zu den Unabhängigen, um der Arbeiterkraft Einschränkungen aufzwingen.

Wer untersteht in der Unterdrückung der Arbeiterkraft die Einfuhr von Luxusartikeln, wenn die SPD-Bresse sich gegen die Einfuhr von Luxusartikeln wendet sowie gegen die Verelendung von Kartoffeln zu Schnaps, gegen die Zudeckerwendung für Vitor und Scher, ferner wenn sie laut:

„Wir müßten danach trachten, die Zwangswirtschaft wiederum, mo es nur irgend möglich ist, anstelle des freien Handels zu setzen, der, durch die von ihm erzwungene Verteuerung der Lebensmittel, alle Verheerungen freilichst aufweist.“

Die Sozialdemokraten waren es, die bei der Frage der Getreideumlage der Verteuerung des Brotes Zins und Tor öffneten, indem sie eintraten für Erhöhung der Umlagepreise, indem sie nicht energisch den Kampf führten um Erhöhung der Umlage auf 4% Millionen Tonnen, indem sie sogar einen kommunistischen Antrag auf 4% Millionen Tonnen niederstimmten. Zwang für Anbau, Zwang für Düngung, Zwang für Ablieferung aller Agrarprodukte zu Preisen, die die ErzeugerInnen nicht überleben und von Organen der Sicherheit und Kleinrenten festgesetzt sind. Wollen die Sozialdemokraten eine solche wirksame Zwangswirtschaft? Nein! Die SPD-Bresse legt sich hinter dem obigen Schrei nach „Zwangswirtschaft“ den Wunsch nach „Wirtschaftsplanung von Kartoffeln“. Es ist dem Proletariat nicht damit gemeint, daß es Kartoffeln zu kaufen gibt. In den Staudenbüchern der Warenprüfer steht der Arbeiter täglich eine Menge guter Nahrungsmittel.

Darum hungert er dennoch? Weil sie zu teuer sind und er sie mit seinen wenigen Geldmitteln nicht erstehen kann. Genau so wird es ihm gehen mit der pflichtgemäßesten Kartoffeln, wenn nicht zugleich die Preise von Organen der arbeitenden Bevölkerung festgesetzt werden, sondern wenn die Preisgestaltung dem Ersten der Großgrundbesitzer und Großhändler überlassen bleibt. Selbst die bescheidenen Forderungen, die der „Vorwärts“ aufstellt, betrachtet er keineswegs als Kampforderungen, sondern als „Wünsche“. Er schreibt:

„Über selbst wenn unseren Wünschen entsprechend mit Energie und ohne Zögern das, was wir hier fordern, ausgeführt wird, so wird trotzdem eine breite allgemeine Lohnherabsetzung in Deutschland eintreten müssen, damit nicht unter den sich rühmenden demokratischen Preislisten die deutsche Arbeiterklasse begraben wird.“

Drageß-Bayern diktiert, die Reichsregierung lüßt

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 21. August 1922.

Die Regierung hat sich schon wieder einmal mit Bayern geeinigt. Die Berliner Verhandlungen sollen damit abgeschlossen sein. Bezugs gestern abend reisten die beiden Minister Schweger und Franke nach München zurück, um ihrer Regierung und ihren Fraktionen über das Ergebnis der Beratungen Bericht zu erstatten. Was in Berlin verhandelt worden ist, und zu welchen Bedingungen Ebert und Brüning wieder einmal kapituliert haben, darüber wird bisher nichts verlautbar.

Herr Ebert und die Herren von der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung werden alle Ursache haben, über ihre Verhandlungen mit den bayrischen Monarchisten den Mantel der Verschwiegenheit zu breiten. Drageß-Bayern triumphiert, bereitet indessen seine Vorbereitungen zum Sonderakt tüchtig fort.

Vorbereitungen zum Siegesfest der Drageß-Hindenburg bei seinem Freunde Rath

(Eigene Drahtmeldung)

München, 21. August 1922.

Gestern, Sonntag, abend ist Hindenburg unter heftiger Geheimhaltung in München eingetroffen. Er hat beim Regierungspräsidenten v. Rahe (1) Wohnung genommen. Das tenenmäßig die politische Stellung dieses alten gefährlichen Reaktionsführers. Heute soll in München wieder einmal mit dem Feind gefest werden. Deren Paraden sollen stattfinden und die Menge mit monarchistischen Kummel gefüllt werden. Gestern schon ist die bekannte „Oberländer“ und angelegentlich bayrischen Deputationen, in Wirklichkeit aber aus Nordbavaria bekannte deutsche Offiziere und Studenten, massenhaft nach München gekommen, um an den Demonstrationen teilzunehmen, an denen sich selbstverständlich, trotz den Einmählungen der Berliner Regierung, Hindenburg auf abgeordneten Platz zu hüben, die Reichswehr bestelligen wird.

Widerstand gegen die Reichsregierung, offene Rebellion gegen die Reichsregierung, lo steht die Lage in Bayern. Die Regierung aber verhandelt und steht einen Fußtritt nach dem anderen von der bayrischen Reaktion ein. Der heute und morgen in München stattfindende Hindenburggrümel hat nur den Zweck, die bayrische Regierung in ihrem Widerstand zu bestärken und die Reichsregierung einzuschüchtern. Im Mai 1919 laube Kose die Reichswehr nach München, heute schickt Bayern zwei Minister nach Berlin. Der Erfolg ist der umgekehrte. Die Reichswehr schlug eine Re-

beiterregierung, die zwei nationalen Minister schlagen die Reichsregierung. Das ist politisch das praktische Ergebnis von drei Jahren Koalitionspolitik der Sozialdemokratie mit dem Bürgertum.

Frankreich rüstet zum Einmarsch ins Ruhrgebiet

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 21. August.

Die beiden Minister der Reparationskommission Stadburg und Ducloux sind gestern abend in Berlin eingetroffen. Heute vormittag findet eine Geschäftsbesprechung der Reichsregierung statt. Von dem Pariser Wäutern wird übereinstimmend betont, daß die Pläne Poincarés nach wie vor feststehen und daß keinerlei Anzeichen vorhanden sind, daß er von seinen Wünschen und seinem Programm irgendwie abgeht.

Anläßlich der außerordentlichen Tagung des Generalkonvents wird, wie RTS, meldet, Poincaré auf neue seine Reparationspolitik begründen. Er teilt öffentlich seinen Entschluß mit, Deutschland nur gegen die Verpfändung der künftigen Steuern im Ruhrgebiet und der Domänen über sich den letzten Weisener erstickt habe. Der Kommandant des Luftschiffers erklärte, daß in ganz kurzer Zeit mehrere Luftschiffe über die Grenze entsandt werden können. Während die diplomatischen Kreise in Berlin die Taide, daß die Reparationskommission in der Frage des Moratoriums sich Zeit läßt, als ein günstiges Zeichen deuten und der italienische Außenminister Schaner das Verlangen nach der Beschaffung der allerersten Kriegsschiffen als unmoralisch bezeichnet, führt Frankreich in seiner Reparationspolitik fort. Poincaré weiß, was er sich leisten kann, denn Frankreich beherzigt die Entente und zwingt sie, seine Wege zu gehen. Frankreich seinerseits bleibt aber auch nichts anderes übrig, als diese Politik des imperialistischen Wahnsinns zu treiben, denn zahlt Deutschland nicht, dann ist Frankreich so dankbar, wie Oesterreich und Deutschland.

Zusammenschluß der polnischen Reaktion. Die Reichsregierung meldet, wurde gestern ein Vord der nationalen Widerbesten festgegründet.

Das deutsche Proletariat darf sich nicht der Illusion hingeben, als ob die sozialdemokratischen „Wünsche“ von den Industrie- und Agrarparteiisten verwirklicht würden, als ob die Arbeiterklasse ohne Kampf die Herabdrückung des Reallohnes, das Anwaschen der Teuerung aufhalten könnte. In jedem Betrieb, auf jedem Gut muß daher die Arbeiterschaft Stellung nehmen zur Teuerungslage, muß die Maßnahmen beschließen, die notwendig sind zur Durchführung einer Kontrolle der Produktion, einer Kontrolle der Preise, zur Erhöhung der Löhne. Jedes 3. oder 4. Arbeiterlohn muß bezahlt werden mit Fortsetzung der Bezahlung der Arbeiter, Arbeiterfrauen und Kinder.

Stinnes fordert Bezahlung in Goldwährung

Berlin, 21. August. Die Berliner Kapitalisten haben einer Erklärung der „Kontingenz“ zufolge, entgegen ihren sonstigen Arbeitsprinzipien auch am Sonntag fortgearbeitet. Ein weiterer Anstieg des Dollars gelang ihnen jedoch nicht, vielmehr fiel derselbe auf 1100. Im Zusammenhang mit dem ungeliebten Risiko, das durch die Schwankungen am Devisenmarkt bedingt ist, haben sich bedeutende Wertstimmungen dazu entschlossen, aus noch im Jahre der Entente zu arbeiten. Nach der „Deutsche Allgemeine Zeitung“ des Herrn Stinnes ist dazu übergegangen, sich ganz offiziell ihre Interessen in Goldrenten zu bezahlen zu lassen. Am Kopf des Blattes steht gedruckt: „Inzentenpreis 20 Goldpfennig.“ Die Arbeiterschaft muß auch Entlohnung in Friedenswährung fordern.

Der Hohn der Reichen und Satten

Das Geld nimmt Abwärts zu. Die Arbeiterfrauen sind beim Einkaufen verarmt, die Proletarierkinder werden bleicher und bleicher, die ganze Lebenshaltung schrumpft zusammen, aber man preist an und nach, man lebt auf unsterblichen Höhen, man tanzt im noblen Rodeo in Berlin. Rodeoausstellung in Dresden usw. Die Dame — der Herr — reichliche Schaul, dessen was heute Dame und Herr zur Erfüllung ihrer Ansprüche verlangen und verschmerzen. Herren- und Damenmoden, kostbare Kleider, Stoffe, Hüte, Pelze, Schuhe, Perlen, Kosmetik, Modelle vornehmer Luxusautos... kann man bewundern. Das Proletariat sieht nicht anders als in der Not. Wir haben nichts anzusehen, kein neues Geld, keinen ganzen Ehrgeiz, wir können uns kaum Schuhe beschaffen lassen und wir lassen diesen Wohlstandswind zu, wir lassen uns obendrein noch verhöhnen!

Die SPD. für das Verbot der „Roten Fahne“

Wir haben lediglich nach dem Verbot unseres Zentralorgans darauf hingewiesen, daß die Gründe, die im Beschluß des preussischen Ministers über das Verbot der „Roten Fahne“ angegeben waren, unvollständig sind. Wir haben behauptet, daß der eigentliche Grund dieser Forderung die hiesige Situation der Arbeiterbewegung ist. Die „Rote Fahne“ während der Teuerungskampagne auszuhalten, um dadurch die revolutionäre Arbeiterschaft ihres eigenen Organs zu berauben. Dem ist die Laune zu widerprechen, daß der „Vorwärts“ sich gegen das Verbot ausgesprochen habe. Das gilt aber nur für Berlin. Eine zweite offizielle Stelle der SPD. äußert sich im entgegenstehenden Sinne. In fast allen Provinzialblättern der Sozialdemokratie wird nachdrücklich, vom offiziellen Zeitungsdienst der Reichsleitung verbreitete Notiz abgedruckt: (S. 11.) Die Berliner „Rote Fahne“ ist auf drei Wochen, vom 19. August bis 9. September 1922, verboten worden.

Die „Rote Fahne“ hat sich in den letzten Wochen manchen Angriffen ausgesetzt. Die SPD. äußert sich im entgegenstehenden Sinne. In fast allen Provinzialblättern der Sozialdemokratie wird nachdrücklich, vom offiziellen Zeitungsdienst der Reichsleitung verbreitete Notiz abgedruckt: (S. 11.) Die Berliner „Rote Fahne“ ist auf drei Wochen, vom 19. August bis 9. September 1922, verboten worden.

Die offiziellen Instanzen der SPD., die außerhalb Berlins offen sprechen als im „Vorwärts“, sind also für das Verbot, nur gefällig ihnen die Begründung nicht. Wir fragen die SPD.-Arbeiter, ob die Stillenhaltung des sozialdemokratischen Presseorgans auch die richtige ist. Wir fragen sie weiter, ob sie nicht zusammen mit den Kommunisten alles tun wollen, ihre Organisation zur Aufhebung des Verbotesschicks zu zwingen. Neben das Erscheinen der „Roten Fahne“ entscheidet nicht der oder jener Minister, sondern die Arbeiterschaft. In ihr liegt es, das letzte Wort zu sprechen.

Die Weihenstepfeler Arbeiterchaft gegen das Verbot der „Rote Fahne“

In einer anlässlich der Reichstagsferien kommunizierten Genossenschaft veranlaßten öffentlichen Bezeichnung wurde folgende Resolution angenommen:

„Die öffentliche Verurteilung anlässlich der Genossenschafts-Konferenz in Weihenstepfel im Verbot der „Roten Fahne“ einen Schlag gegen die gesamte Arbeiterschaft. Durch die Anhebung der revolutionären Presse soll die Abwehr des Proletariats gegen die härteren denn je drohende monarchistische Gefahr unmöglich gemacht werden. Besorgnisse, Wünsche und die rechtmäßige Genossenschaftsbeschränkung, die gegen die maßlos steigende Teuerung nichts unternimmt, sind die Hauptgründe dieses Verbotes. Da der energische Kampf gegen die Teuerung nur von der revolutionären Presse geführt wird, deshalb fordert die Verurteilung neben den politischen Gründen auch aus diesem Grunde die sofortige Aufhebung des Verbotes.“

Aktionsauschüsse

Obwohl die Freunde der Einigung des Proletariats auf der Linie der Einheitsfront mit allen Mitteln der Organisationen versuchen, die Aktionsauschüsse des Proletariats zu zerlegen, haben sie teilweise bei der Arbeiterschaft doch schon großes Vertrauen erlangt, daß man sie in Wirklichkeit nicht, trotz der Bemerkungen aus dem DDB, der SPD. und USPD. So bestehen in Bayern noch viele Aktionsauschüsse, die sich aus Vertretern aller Parteien zusammenschließen. Wir vereinigen die folgenden und geben dazu die Mitglieder der Ausschüsse nach Organisationszugehörigkeit bekannt:

	SPD.	USPD.	USPD.	DDB.
Anklam	3	3	3	3
Bühlis	3	3	3	3
Grümmen	5	2	—	4
Leip	3	3	3	3
Neu-Stein	3	3	3	3
Pufstow	2	2	—	4
Lois (Pom.)	3	3	—	—
22 SPD. 19 USPD. 6 USPD. 14 DDB.				

In diesen Stellen haben die Aktionsauschüsse Befragten der Druck aufgeführt. Sie sind dadurch der Reaktion natürlich sehr verhaßt geworden. Darum auch werden sie von den Sozialpatrioten bekämpft. In Anklam hat der Aktionsauschuss dieser Tage erst durchgeführt, daß ein demonstratives Befragen mit

Schwarzweizen Rohnen aus Anlaß eines deutschnationalen Turnverbandes verboten worden ist. Die jetzige Teuerung, die Bezahlung des Proletariats mit weiterer Bezahlung überreizt den Aktionsauschüssen neue Aufgaben. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen. Wir nennen in diesem Zusammenhang nur noch: Kontrolle der Preisfestlegung und der Warenverteilung.

Der Leipziger Kellnerstreik erfolgreich beendet

(Eigene Drahtmeldung.) Leipzig, 21. August. Der Kellnerstreik ist nach siebenwöchiger Dauer mit einem Erfolg für die Streikenden abgeschlossen worden. Maßregelungen werden nicht vorgenommen. Die Arbeitsaufnahme erfolgt am Dienstag.

Das Vorbild

Die „Vollische Zeitung“ berichtet über das Verfassungskomitee in Verdorf und ist besonders erfreut darüber, daß der Aufruf, der zur Feier des 11. August aufrufend, auch von der Sozialdemokratischen Partei und dem Ortsauschuß des DDB, unterzeichnet ist. Wir können die Freude des bürgerlichen Volkes verstehen; figurieren doch neben SPD. und DDB. noch folgende Körperchaften unter diesem Aufruf:

Der Reichsrat, der aufstrebende Richter des Amtsgerichts, der Vorstand der Richter des Finanzamtes, der Direktor der Reichsanwaltschaft, der Direktor des Jugendgerichts, Deutsche Volkspartei, Deutschdemokratische Partei, Zentrumspartei, Arbeiterverband für Handel und Industrie, Arbeiterverband für die Schwämer- und Nahrungsmittelindustrie.

Die „Vollische Zeitung“ bemerkt dazu: „Hervor hat den Sinn der Feier durch diesen gemeinsamen Aufruf der verschiedensten Gruppen des politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens auf beste getroffen.“ Der Meinung sind wir auch!

Eintritt und geht

Ein Beitrag zur Wandlung der USPD.

Ein Arbeiter, der früher der USPD. angehört und jetzt parteilos ist, stellt uns einen Brief zur Verfügung, den er nach den Reichstagswahlen von 1920 von Cziprian erhielt. Es handelt sich damals nach dem Wähltag der USPD. bekanntlich um die Frage, ob die USPD. in die Regierung eintreten solle oder nicht. Manche Arbeiter konnten sich bei der Entscheidung nicht, daß der Eintritt der Partei in die Regierung die Partei für das Proletariat doch einige Vorteile bieten könne. Unter Arbeiter warde sich deshalb am Aufführung an die Grenzpartei der USPD. und bekam darauf folgenden, an Cziprian unterzeichneten und vom 22. Juni 1920 datierten Brief:

„Auf Ihren Brief vom 15. Juni möchte ich Ihnen mitteilen, daß jetzt alles darauf ankommt, unsere eigenen Anhänger vor Schwankungen und Verzerrungen zu bewahren. Aus wenn wir ohne Rücksicht auf Angehörigen eintreten, so wird sicher anderen Weg gehen, die Fragen auf uns zu richten, werden wir die Arbeiter zum Siege führen können. Dieser unerschütterliche Glaube an unseren Sieg muß unauströflich in jedem unserer Anhänger weizeln.“

Wenn Sie sich die Frage nur einen Augenblick überlegen, ob es uns möglich wäre, durch zwei oder drei Minister in der Regierung neben sich zehn Reichssozialisten und bürgerlichen Ministern die Verwaltung der Arbeiter durchzuführen und die Sozialisierung in Angriff zu nehmen, dann werden Sie sehr rasch zu dem Entschluß kommen, daß solche Hoffnungen utopisch sind. Wir würden dann die Verantwortung für die Reichssozialisten in dem Augenblick übernehmen, wo sie von den Arbeitern verlassen verurteilt werden ist, und das wollen Sie doch nicht haben. Wie wenig von einer Koalitionsregierung zu erwarten ist, beweist auch die Tatsache, daß von den acht doch wirklich recht schmerzlichen Forderungen der Gewerkschaften auch noch nicht eine durchgeführt werden konnte.“

Wir werden durch unsere weitere Politik und Taktik dafür sorgen, daß auch die letzten Arbeiter darüber aufgeklärt werden, daß man die politische Wandlung der Partei nicht erhandelt und nicht von bürgerlichen Parteien als Geschenk erhalten kann, sondern daß wir sie uns erkämpfen müssen.“

Kann man besser die jetzige Politik der USPD. beurteilen, als es in diesem Brief des Cziprian von 1920 geschieht?

Ein Zwanzigmarkstück 3500 Mark

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 21. bis zum 27. August zum Preise von 3500 M. für ein Zwanzigmarkstück und von 1750 M. für ein Zehnmarkstück. Der Ankauf der Reichsbankermünze erfolgt zum gleichen Betrag des Nennwertes. Der Zweck bezweckt die Preise noch 2500 M. für ein Zwanzigmarkstück und für Silbermünzen wurde das Schatzfach des Reichenschatzes befreit. Gemessen am Goldankaufspreis ist die Mark auf ein Hundertfünftelwert herabgesetzt oder auf 0,54 Pfennige gesunken. Es ist aber allgemein bekannt, daß der Kurs der Reichsbank nicht zu niedrig angelegt wird und niemand mehr zu diesem Kurs Gold verkauft, da der Einwertungsquotient nicht 1 zu 175, sondern 1 zu 300 ist.

6,8 Milliarden neue Banknoten

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. August hat in der Woche vom 8. bis zum 15. August der Banknotenankauf um 6,8 Milliarden zugenommen und ist auf 205,27 Milliarden gestiegen. Dagegen ist der Umlauf an Darlehensfallseinzeln um 503 Millionen auf 12,5 Milliarden zurückgegangen.

Wieder einer

In Dresden ist der 1. Staatsanwalt vom dortigen Landgericht dieser Tage zum Polizeipräsidenten ernannt worden. Dies scheint der richtige Weg in der Republik. Vom Staatsanwalt zum Polizeipräsidenten. Er heißt Dr. Thomas und soll den bisherigen Polizeipräsidenten Dr. Grille ersetzen. Dieser Dr. Grille war wegen reaktionärer Umtriebe von seinem Amte entbunden worden, ist aber nun zur Bekämpfung am gleichen Tage der Ernennung des Dr. Thomas zum Verwaltungsverwaltungsamt befördert worden. Dr. Grille ist ein „Reinigung“ beginnt ein lohnendes Geschäft für reaktionäre Beamten zu werden.

Aus Sowjet-Rußland

Telegramme der Mosk. Wien. Die fortschrittliche russische Geistlichkeit für die Aufhebung der Kisten

Moskau, 20. August. Der Moskauer Kongress der lebenden Kirche nahm nahezu einstimmig eine Resolution an, die sich für die Aufhebung der Kisten ausspricht. In den Städten sollen die Kisten, soweit es notwendig ist, in Klöster, Kirchen und samt allen Bauwerken, Kirchen, Gebäuden usw. in die Verwaltung eines gemeinsamen kirchlichen Komitees übergeben werden. Die Landhäuser sollen landwirtschaftliche Kommunen oder Genossenschaften bilden, oder zu Epidemien, Inzuchtendemen und Altersversorgungsinstituten umgewandelt werden, wobei sich die Mönche und Nonnen einer entsprechenden Ausbildung im Sanitätsdienste, den sie zu versehen hätten, unterziehen sollen.

Die Aufrechterhaltung der Schifffahrt im Petersburger und Archangelsker Hafen während des Winters

Moskau, 20. August. Auf Veranlassung des Rates für Arbeit und Verteilung, ist die Frage — ob im Petersburger und Archangelsker Hafen die Schifffahrt auch während des Winters aufrechterhalten werden könne — genau untersucht worden. Der Petersburger Hafen wird durch Eisbrecher während des ganzen Winters eisfrei gehalten, und im Archangelsker Hafen wird die Schifffahrt auf 10½ Monate im Jahre ausgeübt.

Auffische Waren für die Leipziger Messe

Moskau, 20. August. Mit den letzten nach Deutschland abgehenden Dampfern sind für die Leipziger Messe größere Mengen von Erzeugnissen der russischen Feinindustrie abgegangen.

Ausland

Beschäftigung des Postbeamtenstreiks in Spanien

Madrid, 21. August. Der Vorhieb und der Sekretär des Streikauschusses der Postbeamten wurden abends verhaftet. Die Postbeamten, die dies vorausgesehen hatten, hatten schon im voraus zwei andere Postbeamten ernannt. Auch der Vorhieb und der Sekretär des örtlichen Streikauschusses in Madrid wurden verhaftet. Eine Besatzung der streikenden Postbeamten in Buen Retiro wurde von einer Schwadron berittener Polizei auseinander getrieben. Die Hauptpost in Madrid ist militärisch besetzt. In ganz Spanien sind nur 24 Beamte zum Streibrecher geworden.

Gewerkschaftsbewegung

Wozu in die Ferne schweifen

„Die Gewerkschaft“, das Organ des Gemeindef- und Staatsarbeiterverbandes, bringt in Nr. 32 einen Aufsatz: „Zur Lehre vom Mehrwert“. Das Blatt nimmt hier Stellung zu einem Versuch des Nachrichtenbüros für die deutschen Arbeitgeber zum 30. März, das Fundament des Marxismus Schatzgebäude des Mehrwertes zerschlagen. Der Rat der Arbeitgeber glaubt, daß damit tun zu können, daß es auf die sogenannten sozialen Leistungen der Arbeitgeber hinweist. Und damit allen Entschlus die Möglichkeit der Marxisten Lehre zu erweisen lautet: „Sehr richtig bemerkt die „Gewerkschaft“ auch: „Daß eine solche Lehre den Kapitalisten und ihren Trabanten, zu denen hauptsächlich einzelne Gemeindef- und Staatsarbeiter zählen, umwerben ist, nicht wunderbar. Eben so begründet ist es, wenn sie verstanden, eine ihnen höchst unbedequate Lehre zu widerlegen.“

Wir müßten der „Gewerkschaft“ auch darin vollkommen beistimmen, wenn sie solche Versuche als Bauernfang überliefert Sorte bezeichnet. Ja, auch damit hat die „Gewerkschaft“ wahrhaftig Recht, wenn sie auf das gute Jureben des offen feindschaftlichen Hates, daß solche Lehre noch eine Brücke der Verständigung sein könnte, meint. „Wer als Arbeiter den letzten Satz liest und trotzdem auf die Brücke der Verständigung tritt, zu dem kann man sagen, wenn du so lang wärst, wie du dum bist, dann könntest du im Anien aus der Dahnine laufen.“

Überdies, die „Gewerkschaft“ wozu nur so weit in die Ferne schweifen? Der Redaktor der „Reinigung“ Zeitung hat sich ein gewisses Recht, der Herr Striemer, der sich schon seit geraumer Zeit bemüht, als ein freiwilliger Trabant des Kapitals den Marxismus zu quarristieren, daß die Unternehmensehre keine dahinschleichen Verluste — Bauernfang überliefert Sorte — zum Studium dringend empfiehlt. — Was bleibt da noch vom Marxismus übrig, wenn der Herr Doktor B. erklärt, was brauchen die Unternehmer nötiger denn die, und was die Arbeiter, von einem feindschaftlichen Hates, man doch nicht mehr reden. Ist da noch ein Rest von Marxismus? Und wenn noch ein Pfändchen da wäre, würden die Unternehmer so warm für Striemers Lehre eintreten?

Also wir fragen: Warum nimmt sich die Redaktion der „Gewerkschaft“ diesen hochgelobten Herrn Doktor nicht mal vor? „Wir möchten weiter gerne wissen, ob die Delegierten des Verbandes der Gemeindef- und Staatsarbeiter, von einem feindschaftlichen Hates, die den Dr. Striemer, diesen Trabanten des Kapitals, hielten und stützten. Wenn das der Fall sein sollte, so trifft ihr Recht, wie auch für die Redaktion der „Gewerkschaft“ zu, was sie selbst am Schluß ihres Artikels so richtig sagt: „Wenn du so lang wärst wie du dum bist, dann könntest du im Anien aus der Dahnine laufen!“

Streik und Aussperrung in Königsberg

Königsberg, 21. August. Infolge von Lohnforderungen traten hier die Eisenarbeiter in den Ausstand. Wie die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ meldet, wurden außerdem heute in der Königsberger Baubetriebe die Arbeiter ausgesperrt, nachdem am 17. August die Bauarbeiter in mehreren größeren Betrieben Königsbergs sowie in einigen Provinzialstädten in den Streik getreten waren.

Beigelegte Landarbeiterstreiks

Der Landarbeiterstreik in Regierungsbereich Kassel und im Kreis Felsberg ist laut bürgerlichen Kreislagerungen beigelegt durch Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. Der Streik im Kreis Grenzau ist laut „Deutsche Tageszeitung“ vom 17. August bedingungslos zusammengebrochen. Die Gutsbesitzer lehnen rundweg jede Verhandlung mit dem Deutschen Landarbeiterverband ab.

Im Hannoverschen Gebiet sind die Landarbeiter mehrentheils durch die Gutsbesitzer abgelehnt. Dieser Streik, wie die beiden obigen sind vom DDB. sanktioniert worden. Der Streik im Kreis Ober-Barnim, der vom DDB. als „wild“ erklärt wird, geht mit ungebrochener Kraft weiter. Die Landarbeiter haben nach Einsetzen der „Technischen Notfälle“ die Notstandsarbeiten eingestellt. Die Schweizer vieler Güter sind an die Seite der streikenden Landarbeiter getreten. Die Gutsbesitzer haben an den jungen Leuten der „Technischen Notfälle“ keine besondere Freude empfinden können, daß sie hier die Lohnforderungen für die Landarbeiter bewilligen würden, da dies ihre Bewilligung nicht so viel Geld kosten würde als die „Technische Notfälle“ in diesen wenigen Tagen. Obendrein machen die jungen Leute der „Technischen Notfälle“ mehr Arbeit, als ihre Väter. Ihnen bringt. — In die Bewilligung der Lohnforderungen inwiefern die Gutsbesitzer einige Bedenken haben, die der Union angehörigen Landarbeiter sollen vom DDB. abtreten. Diese Haltung der Gutsbesitzer traten nicht weiter verwunderlich. Die beste Antwort geben die Landarbeiter den Gutsbesitzern, indem der Geist immer weitere Ausdehnung annimmt.

Neue Druckschriften

„Die Junge Garde“

Zentralorgan der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Nr. 23. Preis 2 Mark. Aus dem Inhalt: Münchener Volkskommunistische Jugend-Internationale. — Wir schreiben, Vorwärts Arbeiter, — Der 4. September-Internationaler Tag der Arbeiter. Der Aufbruch zum Kampf. — Der 4. September-Internationaler Tag der Arbeiter. Der Aufbruch zum Kampf. — Die Jugend. — Kommunistische Jugend gegen die Sozialrevolutionäre und ihre Vertreter. — Aus der Bewegung. — Vom Gegner. — Schon wieder ein geheimes Kundstreiben, das nicht existiert. Ein aufgedeckter Schwindel u. a. m.

3. Reichskonferenz der kommunistischen Genossenschaftler

Weihenfels, den 20. August.

Die täglich steigende Teuerung, die Unfähigkeit der Regierung in der Ernährungspolitik, das Fehlen der Rohstoffe, hat für die arbeitenden Bevölkerung katastrophale Folgen. In dieser Zeit der wirtschaftlichen Not hat die Genossenschaftsbewegung erhöhte Bedeutung gewonnen. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Bittel erklärte den Bericht der Genossenschaftsstellung. Das Parlament der Arbeit unterer Fraktionen sind die Anträge für die Hungerhilfe. 108 Vereine haben Mittel für die Hungerhilfe bewilligt, das sind die Vereine, in denen unsere Fraktionen arbeiten.

Ein Berliner Delegierter teilt mit, daß der Reichspräsident Gen. Bittel die Berliner Genossenschaft mit einem Jahresumsatz von 300 Mark hat. Die Arbeit unterer Delegation auf dem Eisenbahnen Genossenschaftstag wurde einer eingehenden Kritik unterzogen. Die Vorlesung zeigte, daß überall gearbeitet werden ist und daß die theoretische Vertiefung unserer Funktionäre weiter fortgesetzt.

Die Konferenz am Sonntag brachte Moser eine Uebersetzung, als eine erhebliche Anzahl Genossenschaftsmitglieder mehr erschienen waren, als ursprünglich angenommen waren. Die Genossen aus der näheren und weiteren Umgebung bemerkten, daß der Gehalt der kommunistischen Arbeit in den Genossenschaften nicht nur gelitten hat, sondern auch unsere Genossen ernstlich gewillt sind, in den Genossenschaften zu arbeiten.

Nach der Eröffnung durch den Gen. Bittel (Weihenfels) gab Gen. Bittel einen kurzen Rückblick über die Genossenschaftsbewegung und unsere Arbeit. Auf dem Genossenschaftstag in Eisenach hat das Reichsernährungsministerium Herr Hermes den Genossenschaftler Dank für ihre Ernährungspolitik abgelehnt. Damit ist die Genossenschaftsbewegung gebremst. In Eisenach hat die Zeitung nach den kommunistischen Antrag auf Gewährung von Staatsmitteln abgelehnt, selbst in Eisenach selbst abgelehnt, mit der Regierung über die Gewährung von Krediten zu verhandeln, damit die Genossenschaft nicht dem vollen Ruin ausgesetzt wird. Heute ist die Lage so, daß die Kommunisten nicht in der Lage sind, genügend Winterbedarfsartikel heranzuführen.

Wir brauchen Millionen von Staatsgeldern, wenn die Genossenschaft ihre Aufgaben erfüllen und die Lebensmittelversorgung dem Privatkapital entzogen werden soll. Gen. Bittel betont, daß die Partei das größte Interesse daran hat, daß die Genossenschaft in ein wirtschaftliches Zentrum der Klassenkämpfe verwandelt werden. Wir haben die Genossenschaft in ein wirtschaftliches Zentrum der Klassenkämpfe verwandelt.

hat, daß die Genossenschaft in ein wirtschaftliches Zentrum der Klassenkämpfe verwandelt werden. Wir haben die Genossenschaft in ein wirtschaftliches Zentrum der Klassenkämpfe verwandelt. Die Genossenschaft in ein wirtschaftliches Zentrum der Klassenkämpfe verwandelt werden. Wir haben die Genossenschaft in ein wirtschaftliches Zentrum der Klassenkämpfe verwandelt.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

zu tun. Es gibt nichts anderes, als daß der Arbeiter sich selbst hilft. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Gen. Ertinger (Jena) sprach über die grundsätzliche Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Not, ein Mittel zur Erreichung der sozialistischen Ziele.

Aus der Provinz

Die Betriebsrätekonferenz in Köthen zu den Differenzen im Bergbau

Zunächst Verhandlungen, dann eventuell Kampf

Aus dem Bureau des Bergarbeiterverbandes wird uns mitgeteilt:

Am Sonntag fand in Köthen eine Parteibeschluss Konferenz der Betriebsräte der am Tarif beteiligten freien Gewerkschaften für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau statt. Kollege L. und die Berichte über das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen über den Lohnurlaub hinsichtlich der Anrechnung des Wartetages und der Massenabrechnung auf den Lohnurlaub. Bis heute seien alle Verhandlungen ergebnislos verlaufen, weil die Arbeitgeber eine fortgesetzte Verschleppungspolitik einschlagen. Es sei ganz unmöglich, diese Verschleppung noch weiterhin mitzumachen, man müsse unter allen Umständen noch im Laufe dieser Woche zu einer einseitigen Entscheidung kommen.

In das Referat schloß sich eine sehr ausgedehnte, aber sachliche Aussprache an. Sämtliche Debatteure forderten von den Verhandlungsleitenden sofortiges, entschlossenes Vorgehen mit allen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln. Die Konferenz beschloß einstimmig: Die Verhandlungsleitenden werden ermächtigt, mit allen verfügbaren Kräften die Forderungen auf dem Verhandlungswege durchzusetzen. Diese Verhandlungen sollen unter allen Umständen bis zum Ablauf dieser Woche erledigt werden, ansonsten ist die Zentralbehörde beauftragt werden, weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Cobann hielt der Kollege Hesse ein beifällig aufgenommenes Referat über die bergleite, allgemeine wirtschaftliche Lage unter Berücksichtigung der Situation im Kohlenbergbau. Auch an dieses Referat schloß sich eine sehr angeregte Aussprache an, wobei bemerkt sei, daß die Debatteure über politische Forderungen sich in häufiger Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten befanden. Der Verlauf der Konferenz hat offensichtlich eine entscheidende Einmütigkeit der Kameraden und Kollegen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau gezeigt und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie genötigt sind, den Kampf in gewerkschaftlicher Disziplin zu führen. Mit einem Hoch auf die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung schloß Kollege Hesse die Konferenz.

Kampf der Bergarbeiter im Zeiß-Weihenfelder Kohlenrevier

Die Unternehmer wollen den Mitarbeiter zum Urlaub abziehen. Die Bergarbeiter weihen die Kündigung ein.

Am Sonntag, dem 20. August, fand in Zeiß eine Parteibeschluss Konferenz der Betriebsräte des Reviers im Bezirk Zeiß-Weihenfels, Geyse Bergbau, statt. Bezirksleiter Weidardt berichtete über

die Verhandlungen in der Frage des 1. Mai. Die Unternehmer stellen sich auf den Standpunkt, daß der Mitarbeiter unbedingt zum Lohnurlaub abzugeben ist. Sämtliche in Betracht kommenden Inkonsistenzen hätten in dem gleichen Sinne entschieden. Die Bergarbeiter haben jedoch auf einem ganz entgegenstehenden Standpunkt und auch die Organisationsleiter haben sich nicht, daß es so nicht weitergehen kann. Es kommt also zu einem Kampf auf Eigenes oder Brechen des Arbeitsvertrages, was die Bergarbeiter die wichtigsten Betriebe herauszuheben, die den Kampf eröffnen sollen, um die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen.

In der Diskussion wandelte sich die Kameraden Scheller, Benz und andere gegen diese Methode. Wenn man dem Unternehmer zum Lohnurlaub einlenken will, dann muß das ganze Revier kämpfen; es habe ja auch einseitlich den 1. Mai gefeiert. Gegen eine Stimme wurde jedoch folgender Antrag angenommen:

Die Debatte der Betriebsräte des Zeiß-Weihenfelder Reviers zeigen auf dem Standpunkt, daß die Bewegung auf sämtliche Gewerkschaftsbetriebe ausgedehnt wird, ausschließlich der Kernbetriebe, bei welchen die Frage des 1. Mai noch nicht geregelt ist. Die Kündigungsfrist ist auf Mittwoch oder Donnerstag bei den Bergleuten, Arbeiter, Berg, abzugeben und an sämtliche Betriebsmittler auszugeben. Sie sind auszuführen und Sonnabend, den 24. August, um die Betriebsleiter abzugeben. Referenten, die eine längere Kündigungsfrist als die gesetzliche festsetzen, hätten entsprechend ihrer Kündigungsfrist zu handeln.

Sobann machte Weidardt noch einige Ausführungen über das Reichstagsparlament und über die Lohnverhandlungen. Ueber letztere konnte er keine weiteren Angaben machen, als daß die Lohnverhandlungen nächster Woche eingeleitet werden. Ob es möglich ist, schon vom 15. August an eine Lohnhöhung einzutreten zu lassen, bewieselte er. Die Bergleute können ja so langsam verhungern, wenn es nur den Gewerkschaften zu geht.

Eine impulsive Verammlung in Weihenfels

Die Weihenfelder Arbeiterzeitung fordert die Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“

Anlässlich der am Sonntag in Weihenfels tagenden 3. Reichskonferenz der kommunistischen Genossenschaftler fand am Sonnabend eine überflüssige Verammlung im Saal des Themas, „Wolke über dem Bergbau“ in der Delegation der Bevölkerung an der Genossenschaftsbewegung und an neue Wege der Lebensmittelversorgung. In Massen war die Arbeiterzeitung dem Ruf der kommunistischen Genossenschaftler gefolgt. Als erster Redner sprach der Genosse Fritze von der Reichzentrale. Er schilderte eingehend die Erfahrungen der Massen an der Gründung der deutschen Wirtschaftsgelände. Nun reißt der Ruf des Arbeiters nicht mehr aus, das Lebensmittelproblem zu lösen.

Vom Tage

Kollektion auf einem Dampfer

Der Schiffsbesitzer Kalkbrenner wurde gestern unterhalb der Schiffsbrücke bei Strieg durch Kollektionen vertrieben und das Hinterteil des Schiffes vom Strom auf einen Buntstopp geworfen. Der Besitzer des Dampfers, seine Frau und sein Sohn sind tot. Außer ihnen litten noch ein Mädchen und eine Stillfrau an Bord gewesen sein, über deren Verbleib nichts verlautet.

Ertrunken. Einem Raubmord zum Opfer gefallen ist der Weihenfelder E. Haufe aus Hiltberg. Er wurde in einem Chausseegraben mit Stroh bedeckt aufgefunden, sein Kopf ist abgetrennt, in einer verfallenen Stelle wiedergefunden worden, wobei es der Täter gefolgt hat.

Bergmannstod. Den Wittern zufolge hat sich die Zahl der Opfer der Grubenkatastrophe von Siezsa auf 30 Personen erhöht. Ungefähr 20 Bergleute werden noch vermisst.

Zum Tod der Presse. Die im 27. Jahrgang erscheinende „Neue Hamburger Zeitung“ wird mit dem „Hamburger Anzeiger“ verschmolzen.

Die und Diere in Gersheim. Seit einigen Wochen herrscht im ganzen Lande große Hitze und Diere. Sollte sie noch einige Tage andauern, wären die Mais- und Dillert sowie das Gemüse und andere Bodenerzeugnisse fast gefährdet.

